

Reichstag.

18. Sitzung. Dienstag, den 15. März, 1 Uhr nachmittags.

Im Bundesratsitz: v. Bethmann-Hollweg, Delbrück, v. Schoen, Kautzke.

Zunächst wird die Ostmarkenzulage aus dem Postetat durch Hammelsprung mit 154 gegen 140 Stimmen angenommen. Dagegen stimmen Sozialdemokraten, Zentrum, Polen und von der Volkspartei der Abgeordnete Trautger, Etat des Reichskanzlers.

Die Beratung wird fortgesetzt bei den Resolutionen zum Titel 1: Gehalt des Reichskanzlers.

Abg. Prinz zu Schwalbach-Carolath (nat.-lib.) empfiehlt die Resolution auf Unterstützung der internationalen Schiedsgerichtsbewegung durch Einsetzung einer Beihilfe in den nächsten Etat.

Abg. Glöckner (fortschr. Vp.) schließt sich dem Vorredner an. Staatssekretär v. Schoen: Der Reichskanzler teilt die Sympathien seines Vorgängers für die internationale Schiedsgerichtsbewegung und wird die Anregung in gebührender Erwägung ziehen. Allerdings wird der Schiedssekretär ein gewichtiges Wort mitzusprechen haben. (Heiterkeit.)

Abg. Rebebour (Soz.): Der Resolution stimmen wir zu. Wir wünschen, daß Zwischigkeiten zwischen Nationen möglichst alle durch Schiedsgerichte erledigt werden. Die Erklärung des Ministers zeigt nicht von großem Interesse für die Sache. Nach dieser Erklärung soll der Herr Schiedssekretär noch ein gewichtiges Wort mitzusprechen haben. Bedenkt man, daß es sich um ein Objekt von 4000 Mark handelt, so ist ein solches Argument im Grunde des Ministers eines Straßens, der ein Budget von 2 Milliarden hat, höchst merkwürdig. (Sehr wahr! bei den Soz.) Ich komme zu unserer Resolution, welche den Reichskanzler dem Reichstage verantwortlich macht und diese

Verantwortlichkeit des Reichskanzlers auf alle politischen Handlungen und Unterlassungen des Kaisers erstrecken will, unter Einsetzung eines Staatsgerichtshofes über diese Verantwortlichkeit.

Die auf Grund der Kaiserdebatte im November 1908 eingebrachten Verfassungsanträge sind ja leider in der Kommission vollständig unter den Tisch gefallen. Wir halten es daher für notwendig, den Reichstag wieder vorwärts zu drängen und die Öffentlichkeit auf die große Wichtigkeit einer solchen staatsrechtlichen Weiterentwicklung hinzuweisen. (Zustimmung bei den Soz.)

Ohne auf alle Einzelheiten einzugehen, betone ich, daß die Kanzlerverantwortlichkeit ihre volle Wirkungskraft erst erhalten würde, wenn die von uns beantragte Bestimmung aufgenommen wird, daß der Reichskanzler auf Verlangen des Reichstages zu entlassen ist. Das ist der Kernpunkt. Diese Waffe muß dem Reichstage gegeben werden, wenn an Stelle des bürokratischen Regimes endlich einem demokratischen Parlamentarismus die Wege geebnet werden sollen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Das Volk hat ein Interesse daran, daß nicht der Monarch die auswärtigen Beziehungen nach seinem Ermessen leitet, und die Entscheidungen über Krieg und Frieden trifft. Das hat es in den Novembertagen mit größter Einmütigkeit kundgegeben, und die Verhandlungen hier im Laufe haben mit der Fiktion aufgeräumt, als ob die Regierung eines großen Kulturvolkes eine selbstherrliche sein könne. (Sehr wahr! bei den Soz.) Aber gerade diese Fiktion ist die unfreie bürokratische Regierungssysteme.

Man behauptet, der Vorteil des bürokratischen Regimes sei es, daß es eine Regierung über den Parteien ermöglicht. Der schlagendste Beweis aber, daß wir eine

Parteiregierung in Preußen-Deutschland

haben, ist die Tatsache, daß Herr Willow sein Amt niederlegte, weil er mit den Konservativen in Differenzen geraten war. Er hat selbst erklärt, daß er gegen die Konservativen weder den Reichstag auflösen noch regieren könne. Ein dauerndes Interesse an der Aufrechterhaltung unfreier bürokratischer Systeme haben, wie hieraus hervorgeht, nur die Konservativen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Die Bürokratie als solche hat keine politische Überzeugung und wird als Klasse nur durch den Korpsgeist zusammengehalten. Durch dieses Regierungssystem wird unser Volk, wenigstens die bürgerliche Klasse, in einem Zustand politischer Unruhe gehalten. Der Deutsche aus den bürgerlichen Schichten ist kein politisches Wesen. Auch im Ausland spielen die Deutschen zwar eine große wirtschaftliche, aber keine politische Rolle, höchstens die revolutionären Elemente, wie in Amerika Karl Schurz, haben niemals im Ausland politische Bedeutung erlangt. Auf die Bürokratie selbst aber wirkt das bürokratische System mit der Unterdrückung des Rechts auf eigene Überzeugung, mit einer der Charakter geradezu vernichtenden Wirkung. In die höheren Stellen rückt nur auf, wer sich fügsam und strotzend den Aufkammern der Vorgesetzten anpaßt, und auf diese Art werden die charaktervollen Männer gequält, die das Volk führen sollen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Daß diese Methode beibehalten wird, das ist zweifellos auch die

Schuld der bürgerlichen Mehrheit

des Reichstages. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Der Reichskanzler steht ja der konservativen Partei gegenüber im Verhältnis der gottgewollten Abhängigkeit. Wie die Regierung sich verhalten wird, das wagt sie nicht einmal zu sagen, sie „vinkelt sich nicht“. (Heiterkeit bei den Soz.) Man wagt es nicht, auch nur den Schein einer Überzeugung zu vertreten. In jeder Beziehung ist man der Handlanger einer konservativen Parteiregierung im Interesse der Junker, und es ist ganz unverkennbar, wie einer dieser Handlanger noch behaupten kann, wir haben keine Parteiregierung. (Beifall bei den Soz.)

Leider haben wir von den bürgerlichen Parteien noch nichts vernommen, was uns zu der Annahme berechtigt, auch nur eine Partei werde uns im Kampfe um den demokratischen Parlamentarismus unterstützen. (Widerspruch bei der fortschr. Vp.) Auch Sie haben noch jetzt wieder Worte der Scheinlichkeit nach der Blodära zurückgeworfen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Auf diese Art werden Sie der Rechten und dem Zentrum keinen Schreck einjagen, das können Sie nur, wenn Sie Seite an Seite mit uns für das demokratische Regierungssystem eintreten. (Sehr richtig! bei den Soz.) Dasselbe gilt für die Nationalliberalen, bei denen man von heute auf morgen nicht weiß, welche Stellung sie in der wichtigsten Lebensfrage der Nation einnehmen. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Unser stetiges Vorwärtstreiben auf eine demokratische Regierungssystem hin soll geleitet werden von Goethes Wort:

Allen Gewalten

Zum Trost sich erhalten,

Nimmer sich beugen,

Fürchtetlos sich zeigen,

Rufet die Arme der Götter herbei!

(Beifall bei den Soz.)

Abg. Liebermann von Sonnenberg (wirtsch. Vg.) spricht sich gegen die Resolutionen über Elb-Bohringen und gegen die Resolution, betreffend Verantwortlichkeit des Reichskanzlers, aus. Für die Resolution, betreffend Schiedsgerichte, werde seine Fraktion stimmen, er persönlich lege ihr keinen Wert bei.

Die Resolution Albrecht (Soz.) für die Verantwortlichkeit des Reichskanzlers, die Resolution Prinz zu Schwalbach-Carolath für das Schiedsgericht und die eifassige Resolution

über die Autonomie Elb-Bohringen werden angenommen, dagegen die sozialdemokratische Resolution, betreffend das Wahlrecht in Elb-Bohringen, abgelehnt.

Es folgt die Debatte über die Resolution Albrecht auf Abänderung des Wahlgesetzes dahin, daß Neuwahlen in der Session innerhalb von 60 Tagen erfolgen müssen.

Abg. Kunert (Soz.): Die Ungleichmäßigkeit der Annäherung der Neuwahl wird von den Wählern als großer Mangel und als Beeinträchtigung ihrer politischen Rechte empfunden. Parteipolitische Rücksichten über ihre Wirkung aus und führen zur Inanspruchnahme der Neuwahl. So war es jetzt besonders im Wahlkreise Halle. Man kennt ja die

Wahlpraktiken von Puttkamer's Zeiten her.

(Sehr richtig! bei den Soz.) Da das Wahlgesetz nicht ausreicht, haben wir unsere Resolution eingebracht, welche die Vorlegung eines Ergänzungsgesetzes verlangt. Wir hoffen, wenn die Resolution Annahme findet, daß dann auch der Reichskanzler beim Bundesrat für sie eintritt. (Beifall bei den Soz.)

Staatssekretär Delbrück: Nur im ersten Jahre nach der Wahl, solange die alten Wählerlisten noch gelten, kann man innerhalb 60 Tagen eine Neuwahl anordnen. Später scheint diese Möglichkeit zweifelhaft. Immerhin sollten Neuwahlen so schnell wie möglich vorgenommen werden. Eine Maximalfrist von etwa 90 Tagen dürfte das angemessene sein. Der Reichskanzler ist bereit, in diesem Sinne die nachgeordneten Behörden anzuweisen. (Bravo!)

Abg. Bebel (Soz.): Ich bin der Ansicht, daß es unter allen Umständen möglich sein muß, eine Neuwahl innerhalb 60 Tagen vorzunehmen, genau wie es nach Auflösung des Reichstages möglich ist. Wir sind auch bereit, wenn jemand ein entsprechendes Amendement stellt, eine Frist von 90 Tagen gutzuheißen. Der Abgeordnete Herr Halle war am 7. Juli v. J. gestorben, und erst am 20. November wurde die Neuwahl vorgenommen. (Hört, hört!) Einen solch unerhörten Zustand kann sich der Reichstag nicht gefallen lassen. Er muß dafür sorgen, daß die Regierung die Sache nicht auf die leichte Achsel nimmt. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär Delbrück: Ich habe grundsätzlich dem Gedanken zugestimmt, soweit die Verhältnisse es ermöglichen. Herr Bebel tritt sich aber, wenn er annimmt, daß unter allen Umständen innerhalb von 60 Tagen das Ziel zu erreichen ist. 90 Tage hingegen wäre eine Befristung, die unter allen Umständen genügt. Nach meiner vorhergegangenen Erklärung, daß die Bestimmungen des Reglements in Zukunft vorchriftsmäßig gehandhabt werden sollen, wird Herr Bebel nicht behaupten können, daß die Regierung die Befristung auf die leichte Achsel genommen hat.

Abg. Dr. Arendt (Reichsp.): Die Erklärungen des Staatssekretärs sind durchaus befriedigend. Praktisch wäre es, dem Beispiel der Engländer zu folgen, wo die Wählerlisten immer fortlaufend korrigiert werden, natürlich unter öffentlicher Kontrolle. (Sehr richtig!)

Abg. Kunert (Soz.): Dem Herrn Staatssekretär möchte ich erwidern, daß wir keine Änderung des Reglements wünschen, sondern des Wahlgesetzes. Bei Auflösungen ist es häufig möglich gewesen, in 42 bis 49 Tagen Neuwahlen vorzunehmen.

Abg. Dr. Paasche (nat.-lib.) weist darauf hin, daß die Ersatzwahl für den Grafen Stolberg schon am 14. April stattfindet (Hört, hört! links); vielleicht sollte man aber die Frist etwas über 60 Tage ausdehnen.

Vizepräsident Dr. Spahn teilt mit, daß ein Antrag Albrecht (fortschr. Vp.) und Genossen eingebracht ist, welcher anstatt 60 70 Tage Frist wünscht. Zur Unterstützung erhebt sich die gesamte Linke und das Zentrum.

Staatssekretär Delbrück weist darauf hin, daß die Gefahr fehlerhafter Wählerlisten um so größer ist, je länger die Frist bemessen.

Der Antrag Albrecht wird mit den Stimmen der gesamten Linken und des Zentrums angenommen und die so abgeänderte Resolution Albrecht wird mit derselben Majorität gleichfalls angenommen.

Der Rest des Reichskanzleretats wird debattelos erledigt.

Etat des Auswärtigen Amtes.

Abg. Graf Kanitz (konf.) gibt zunächst dem Reichskanzler einige gute Wünsche auf die Komreise mit (Große Heiterkeit), ferner alsdann die friedensfördernde Wirkung des Dreibundes. Redner geht über zur Balkan- und Kretasfrage. Aufgabe unserer Politik sei es, zu verhindern, daß der Punkt wieder zur Flamme wird. (Beifall.) Zu befechten ist, daß Marokko in immer größere Abhängigkeit von Frankreich gerät. Die wiederholten Verschönerungen unserer letzten Staatsmänner, daß unsern Flottenbau keine aggressiven Absichten zugrunde liegen, finden leider in England keinen Glauben, es ist also zwecklos, sie immer wieder zu wiederholen. Voraussetzungen werden die nächsten englischen Wahlen einen Übergang zum Schutzgoll bringen. Für unsere Ausfuhr ist das nicht sehr erfreulich. (Beifall bei den Soz., Hört, hört! links.) Ja, meine Herren, wir haben das gar nicht anders erwartet. — Die Rechte hat gegen das Handelsabkommen mit Amerika gestimmt, denn eine wirkliche Gegenseitigkeit fehlt vor aus, daß unsere eigenen Zölle auf dem hohen Niveau der amerikanischen angelangt sein müßten. Solange wir anglicks vor dem Namen „Schutzkrieg“ zurückbleiben, so lange werden wir in unserer Handelspolitik keine durchgreifenden Erfolge erzielen. Die Einkunft im Innern ist die beste Währung nach außen. (Bravo! rechts.)

Abg. Stresemann (nat.-lib.): Die Weltpolitik hat naturgemäß, wie Herr Willow es richtig darlegte, die Reichsangelegenheiten mit andern Mächten vergrößert. Sympathien, die man uns entgegenbrachte, als wir noch ausschließlich das Volk der Dichter und Denker waren, haben wir verlieren müssen. Wir können uns nicht wie England ausschließlich auf den Export stützen. (Sehr gut! rechts.) In England stehen wir nicht nur in einem Verhältnis der Konkurrenz. Wir nehmen 10 Prozent seiner eigenen Ausfuhr auf. Beide Länder sollten Schulter an Schulter stehen und sich verfechten. Eine wirtschaftliche Verständigung ist dabei viel wichtiger als eine Verständigung über die Flottenrüstungen. (Bravo! bei den Nat.-lib.)

In der Diplomatie wird leider noch der Adel bevorzugt, wir verlangen Berücksichtigung geeigneter bürgerlicher Kreise. In unsern auswärtigen Vertretern, die berufen sind, wichtige wirtschaftliche Verträge abzuschließen, sollte etwas von kaufmännischer Rinderfüße lebendig sein. (Sehr gut! links.) Redner warnt vor einem Balkankrieg mit Amerika, auf dessen Rohprodukte Deutschland angewiesen sei.

Mit unserer Weltpolitik sorgen wir für die Zukunft unserer Nation. (Beifall bei den Nat.-lib.)

Abg. Krampe (fortschr. Vp.) polemisiert gegen den Abgeordneten Grafen Kanitz und tritt für langfristige Handelsverträge ein. Der freie Wettbewerb, den wir zwischen den Völkern wünschen, darf nicht darin bestehen, daß der eine den anderen gewaltsam besetzt will. (Sehr richtig! links.) Redner bringt die Schwierigkeiten zur Sprache, welche lästigen Reisenden in Ausland bereitet werden. Dieses widerspreche den vertragsmäßigen Normen. (Bravo! bei der fortschr. Vp.)

Abg. Scheidemann (Soz.): 1908 erlebten wir einen Zusammenbruch des Systems, das wir von jeher kritisiert haben. Die Mängel des Auswärtigen Amtes liegen

nicht an der Person, sondern im System.

(Sehr richtig! bei den Soz.) Es ist nicht besser geworden. Wir haben zwar etwas weniger Absolutismus, dafür aber mehr

Bürokratie. Früher war unsere auswärtige Politik operettenhast, jetzt ist sie ziemlich ledern. (Heiterkeit.)

Augenblicklich treibt man bei uns auswärtige Politik im Interesse gewisser kapitalistischer Kreise. Gegen diese Kreise ist nicht anzukämpfen. Das beweist das Beispiel des Herrn von Schoen. (Sehr gut! und Heiterkeit.) Das ist doch sogar die nationalliberale Presse als Agenten des Auslandes, als gefährlichsten Feind des Deutschen Reiches bezeichnet. (Hört, hört! links.) Und das war noch alles vor der Mannesmann-Affäre! Seitdem aber diese Affäre spielt, kann eigentlich kein Hund eines wahrhaften Deutschen vom Staatssekretär v. Schoen ein Stück Brot mehr annehmen. (Heiterkeit.) In der Budgetkommission hat sich ja alles, was für die Herren Mannesmann gesagt worden ist, als nationale Schwäche herausgestellt. (Hört! bei den Nationalliberalen.) Die deutsche Regierung müsse die Interessen deutscher Reichsbürger schützen, so wurde gesagt und Herr Liebermann v. Sonnenberg gab in diesem Konzert den Ton an. Allerdings hat die Regierung die Interessen Reichsbürger zu schützen. Ich möchte aber dringend bitten, diesen Schutz nicht auf Kapitalisten zu beschränken, sondern ihn

auch auf Interessen deutscher Arbeiter

im Ausland auszudehnen. (Beifall. Zustimmung bei den Soz.) Diese Selbstverständlichkeit findet aber keine Beachtung.

Der Mannesmannblock (Heiterkeit) ist ja sehr zusammengekauert, Herr Liebermann ist die letzte Mannesmannsäule. (Heiterkeit und sehr gut! bei den Soz.) Dem Abg. Liebermann, der damals von einem Schiedsgericht nichts wissen, sondern gleich den Säbel ziehen wollte, ist die gründliche Blamage zu gönnen. Er besag sich auf den Hannoverischen Kurier, was gesagt war: „Nicht hört nicht auf Recht zu bleiben, wenn 4 Millionen Bajonette dahinter stehen.“ Solche Behauptungen erwecken die Vermutung, daß der Schreiber in eine Kaltwasserheilanstalt gehört. (Heiterkeit und sehr gut! bei den Soz.) Auch Herr Erzberger mußte das Wort ergreifen. Daraus ergeben Sie die Wichtigkeit. (Große Heiterkeit.) Bei seiner sonst so großen Schwermut (erneute Heiterkeit) erklärte er, daß er das Wort ergreifen müsse. Herr Erzberger richtete an die Regierung die merkwürdige Frage, auf welcher Seite

die größten deutschen Interessen, d. h. das größte deutsche Kapital

sei; und wenn die Abgeordneten sich noch in gewissen Grenzen hielten, die nationale Presse schlug wahre Purzelbäume. Je nationalliberaler, d. h. je wankelmütiger die Presse sonst war, um so entschiedener trat sie in diesem Falle auf; und sie frommte, um so blutiger und grausamer. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Redner geht im Anschluß an die Mannesmannaffäre auf die Verhältnisse in Marokko weiter ein: Das große Ziel der ganzen deutschen Marokkopolitik sollte nach offizieller Fiktion offene Tür, Gleichberechtigung aller Nationen sein. Nun aber machte der Sultan, der kein Geld hat, mit den Gebrüdern Mannesmann, die sehr viel Geld haben, ein Monopolgeld unter vier Augen, und dieses soll nun eine unerschöpfbare Grundlage abgeben! Man denke, welchen Krad hätte das in Deutschland gegeben, wenn ein Franzose oder ein Spanier den Sultan geschmiert hätte! (Beifall. Zustimmung bei den Soz.) Wir protestieren dagegen, daß man die Mannesmanns Interessen mit den Interessen Deutschlands gleichstellt. (Beifall bei den Soz.)

Wir haben ja heute schon von den Schiedsgerichten gesprochen. Sie werden auch in unserm Programm gefordert, das ich Ihnen allen lebhaft zur Forderung empfehle. (Heiterkeit.) Der Fall Mannesmann eignet sich vorzüglich zur Entscheidung durch ein internationales Schiedsgericht. Für Ihre selbstkritischen Draufgängerum möchte man den Herren fast gönnen, daß sie Recht bekommen. Diese Art gefällt mir jedenfalls besser, als die nationalliberale Politik, die das direkte Gegenteil davon ist. (Anhaltende Heiterkeit.)

Das deutsche Proletariat hat von Anfang der Marokkoprobleme an genau wie das französische Proletariat den Standpunkt friedlicher Verständigung vertreten. Wir haben stets den Gedanken internationaler Solidarität betont. Interessant ist nun, wie auch in seiner Art der Kapitalismus eine internationale Solidarität aufweist. Wir sehen das bei dem Streik der feindlichen Gesellschaften in Marokko, in denen ist deutsches und französisches Kapital vertreten. (Hört, hört! bei den Soz.) Der

Internationalität des Auswärtigen Amtes

setzt das Proletariat die Internationalität der Arbeiterschaft entgegen. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Mit derselben Fähigkeit, mit der wir auf ein freundliches Verhältnis zu Frankreich hinarbeiten, arbeiten wir auch auf ein freundliches Verhältnis zu England hin. Dieses halten wir sogar für richtiger, denn solange eine Spannung zwischen Deutschland und England herrscht, wird keine Ruhe in Europa sein. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Wir haben vor dem Weltkrieg gewarnt. Man glaube uns nicht und die Folge ist das gewachsene Mißtrauen. Der englische Marineetat wird eigentlich hier gemacht. Gewiß kein Mensch denkt bei uns an einen Krieg mit England, es wäre auch Wahnsinn und das größte Verbrechen. (Beifall Zustimmung bei den Soz.) Aber gerade deshalb muß auch mit allen Begehren aufgeräumt werden. Was ich hier ausspreche, das sollen Millionen mit mir, und freuen sich, daß es hier ausgesprochen wird. (Beifall. Zustimmung bei den Soz.) In England glaubt man unsern Friedensversicherungen nicht, weil man weiß, daß das deutsche Volk keine Kontrolle über Krieg und Frieden hat, daß es in das Spiel derer, die es beherrschen, nicht eingreifen kann. Deshalb verfolgt man auch im Ausland mit solchem Interesse den Kampf der Arbeiter

gegen die preußische Dreiklassenpolitik

um die nationale Ehre. (Bravo! bei den Soz.) Der Reichskanzler aber, anstatt aus diesen traurigen Zuständen herauszutreten, verfolgt dem deutschen Volk mit seiner Wahlrechtsvorlage einen Faustschlag.

Vizepräsident Dr. Spahn: Die Wahlrechtsvorlage hat mit dem Auswärtigen Amt nichts zu tun.

Abg. Scheidemann (fortschreitend): Ich sage auch kein Wort mehr darüber und erinnere nur an das Wort eines Zentrumsabgeordneten: „Man muß sich schämen, ein Preuze zu sein.“ — Der jetzige Reichskanzler hat durch seine jetzige Politik in den letzten 8 Monaten unser Ansehen im Ausland mehr geschädigt, als seine drei letzten Vorgänger zusammen. Alle Welt lacht über unsere Politik. Man amüsiert sich über den Herrn Reichskanzler, über diesen Ritter und seinen Sancho Panza, Herrn v. Jagow.

Die deutsche Arbeiterklasse wird aber nicht ruhen, bis sie in Preußen Zustände geschaffen hat, die es gleichwertig neben die anderen europäischen Völker stellen. (Bravo! bei den Soz.) In diesem Kampfe werden und keine Angriffe beirren, denn wir kämpfen in dem Bewußtsein,

der Größe des deutschen Volkes zu dienen, das seine Freiheit nach außen zu wahren erst imstande sein wird, wenn es den inneren Befreiungskampf siegreich zu Ende geführt hat. (Beifall. Beifall bei den Soz.)

Abg. v. Dylemowski (Polen) und Abg. Hansen (Däne)

klagen über die Fremdenpolizei und Ausweisungen. Vizepräsident Dr. Spahn: Ich erhebe aus dem Stenogramm, daß der Abg. Scheidemann sagte, der Reichskanzler verfolge mit der Wahlrechtsvorlage dem deutschen Volk einen Faustschlag ins Gesicht. (Sehr richtig! bei den Soz.) Er hat ferner gesagt, daß Ausland lache über diesen Ritter von der traurigen Behau-